Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 28 (1949)

Heft: 1

Titelseiten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 19.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

N M

ROTE REVUE

28. Jahrgang

Januar 1949

Heft 1

VALENTIN GITERMAINN

"Verstärkung des Staatsschutzes"

In seinem 25. Bericht über die auf Grund der außerordentlichen Vollmachten ergriffenen Maßnahmen (vom 12. November 1948) hebt der Bundesrat hervor, daß er den Vollmachtenbeschluß betreffend Verstärkung des Staatsschutzes (Nr. 601, vom 29. Oktober 1948) in Ausführung eines vom Nationalrat gestellten «Begehrens» gefaßt hat.

Einer Anregung der Vollmachtenkommission sich anschließend, haben in der Tat alle Fraktionen – mit Ausnahme derjenigen der PdA – am 11. März 1948, unter dem frischen Eindruck des in der Tschechoslowakei vollzogenen Regimewechsels, sich dafür ausgesprochen, daß die Geltungsdauer des Staatsschutzerlasses verlängert, sein Inhalt eventuell verschärft und, so weit nötig, in das ordentliche Strafrecht übergeführt werden solle.

Es darf infolgedessen dem Bundesrat nicht etwa der Vorwurf gemacht werden, er habe den vollmachtenrechtlich etablierten Staatsschutz aus eigenem Antrieb prolongieren und strenger gestalten wollen; er hat vielmehr lediglich – wenn auch gewiß nicht contre cœur – einer Weisung des Parlamentes Folge geleistet.

Wohl aber darf – auf Grund der am 20. Dezember 1948 im Nationalrat durchgeführten Debatte – festgestellt werden, daß das Parlament von der Notwendigkeit einer Verstärkung des Staatsschutzes in der heutigen Situation bei weitem nicht mehr so fest überzeugt war wie neun Monate zuvor. Brachte doch der Referent der Vollmachtenkommission sogar seine «Enttäuschung» darüber zum Ausdruck, daß von verschiedenen Seiten allerlei Bedenken und Vorbehalte gegen die Verschärfung des Staatsschutzes geäußert worden sind. Die Entschlossenheit der Volksvertretung, antidemokratischen Umtrieben energisch entgegenzutreten, hat zwar keineswegs nachgelassen; abgenommen hat indessen die früher da und dort gehegte Befürchtung, daß durch Ein-

